

Dies ist der Kern der Vorbehalte gegenüber der Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, auf die vor allem die Kritik der jungen Generation in den letzten Jahren aufmerksam gemacht hat. Während die Bundesrepublik bis in die Mitte der 60er Jahre hinein unangefochten als Musterbeispiel einer stabilen Demokratie galt, ist seither die Frage zunehmend lauter geworden, ob diese Stabilität nicht um einen hohen Preis gewonnen worden sei, um den Preis der Ausklammerung von lebenswichtigen Problemen. In zahlreichen Veröffentlichungen ist in den letzten Jahren die - so meint man - versäumte Neuordnung nach dem Kriege angeprangert worden, und immer häufiger wird Zweifel angemeldet, ob die Grundlagen des Bonner Staates nicht doch schwankender seien, als man lange geglaubt habe. Dabei schiebt sich vor allem ein Gedanke in den Vordergrund, der in den Jahren nach dem Kriege als undenkbar empfunden worden wäre: der Gedanke, dass die Kontinuität zwischen der Bonner und der Weimarer Republik vielleicht doch stärker als die Trennungslinien sei und dass die viel beredete Zäsur des Jahres 1945 überschätzt werde. Dieser zunächst frappierend wirkende Gedanke stützt sich auf die Beobachtung, dass sich die wesentlichen sozialen und ökonomischen Strukturen der Bundesrepublik anscheinend kaum von denen der Weimarer Republik unterscheiden, dass sich die Besitzverhältnisse kaum geändert und auch die Zusammensetzung der Führungsschichten so gut wie gar nicht gewandelt haben. In einem lapidaren Satz fasst dies eine kürzlich erschienene Studie von Angehörigen der "Neuen Linken" so zusammen: "Es hat in Deutschland keinen Wiederaufbau des Kapitalismus gegeben, weil er nicht untergegangen war."

In der Tat sind die Linien der Kontinuität in zahlreichen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Bundesrepublik sehr viel stärker, als man zunächst angenommen hatte. Nach dem Zurüchtreten der Wasserfluten der ersten Nachkriegsjahre wurde deutlich, dass sich die Bodenstruktur trotz einiger Erdbewegungen nicht wesentlich verändert hatte. In

den wiedererstandenen Parteien waren meistens die Kräfte zum Zuge gekommen, die auch schon in der Weimarer Republik eine massgebliche Rolle gespielt hatten; in der Wirtschaft bekamen in der Regel wieder diejenigen das Heft in die Hand, die es schon immer in der Hand gehabt hatten; in den Hochschulen lehrten, von einigen ausgeschiedenen Nationalsozialisten abgesehen, die alten Professoren weiter; und in den Kirchen schliesslich beherrschten diejenigen das Feld, die sich durch ihre Erfahrungen unter Hitler gerade in ihrem alten Widerstand gegen die Kräfte der Säkularisation bestätigt fühlten. Dies letzte vor allem war eine verbreitete Erscheinung: Die Erfahrung der nationalsozialistischen Herrschaft als eines Schadens auch für konservative Werte und Traditionen führte vielfach zu einer umso deutlicheren Rückbesinnung auf diese Werte und Traditionen - unter Zurückweisung jedes Versuchs, sie erneut in Frage zu stellen.

Und doch müssen einige wesentliche Korrekturen in das Bild der von Kontinuitäten bestimmten Bundesrepublik eingetragen werden. Da ist zunächst die viel zu wenig reflektierte Tatsache, dass nach dem Zweiten Weltkrieg über 10 Millionen Menschen aus den verlorenen östlichen Gebieten in das restliche Deutschland eingeströmt sind. Dies hat nicht nur zu einer erheblichen Vermehrung der Bevölkerung vor allem in Westdeutschland geführt, es hat auch zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur beigetragen. Deutschland ist nun endgültig kein halb feudal-agrarisches, halb städtisch-industrielles Land mehr, wie es für die letzten Regimes auf seinem Boden bezeichnend gewesen war. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist Deutschland in seinen beiden Teilen ein von der Industrie und ihren Wertvorstellungen geprägtes Land, in dem die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung den Ausschlag geben. Das heisst unter anderem, dass die Bundesrepublik nicht in der Masse von Sorgen über die Entwicklung ihrer Landwirtschaft belastet zu sein braucht, wie sie für die Weimarer Republik am Ende bestimmend ge-

worden waren.

Damit hängt eine zweite wesentliche Veränderung zusammen. In der Weimarer Republik war trotz der Einführung der parlamentarischen Demokratie 1918/19 die alte preussische Führungsschicht der Junker und Rittergutsbesitzer eine starke soziale und wirtschaftliche Kraft geblieben. Eine Figur wie der Reichspräsident von Hindenburg wäre nicht möglich gewesen, wenn er nicht von dem Ansehen und der sozialen Geltung der alten preussisch-deutschen Machtelite getragen gewesen wäre. In der Bundesrepublik dagegen spielen die Kräfte des alten "Ostelbien" keine dominierende Rolle mehr, und auch wenn man nicht wie Toynbee die Zukunftsperspektiven der deutschen Demokratie nur von der Entmachtung der alten ostelbischen Führungsschicht abhängig machen will, muss gesagt werden, dass die Entpreussung Deutschlands ein wesentlicher Schritt auf dem Wege seiner Demokratisierung ist.

Ein dritter Wandel, auf den unbeschadet so mancher Kontinuitäten hingewiesen werden muss, ist vielleicht der wichtigste: die veränderte Position des Kommunismus als Folge der Teilung Deutschlands. Während die Kommunistische Partei in der Weimarer Republik ein innenpolitischer Faktor allererster Ordnung war und durch ihr kontinuierliches Anwachsen erheblich zur Polarisierung der politischen Kräfte beigetragen hatte, ist sie nach dem Zweiten Weltkrieg wegen ihrer unverhüllten Funktion als Machtinstrument der Sowjet-Union fast ganz aus dem Spiel des politischen Lebens der Bundesrepublik gekommen. Auch der allmähliche Positionsgewinn der DDR im Ostblock und die wirtschaftlichen Erfolge der Ostdeutschen Kommunisten in den letzten Jahren haben daran bislang nicht viel ändern können, dass Kommunismus mehr als russische Importware denn als mitteleuropäische Problemstellung empfunden wird. Wer in der Bundesrepublik gesellschaftskritisches Engagement beweisen und nicht ins politische Abseits gedrängt werden will, pflegt in der sozialdemokratischen Partei aktiv zu werden, die allein dadurch schon umso vieles stärker geworden ist, als sie es in der Weimarer Republik war.

Freilich sind alle diese Veränderungen des politischen Kräftefeldes nicht so eindeutig, dass sie nicht auch zu anderen Überlegungen Anlass böten. Weder ist die Schwächung der rechten Flügelpositionen noch die der linken so durchschlagend, dass sie von allen Sorgen befreien könnte. In seinem Buch "Die Bonner Demokratie" - Deutschland von draussen gesehen" schreibt der französische Deutschlandkenner Alfred Grosser, dass die Bundesrepublik bislang ein Staat gewesen sei, der durch keinen wirklichen inneren Konflikt geschwächt wurde. "Aber"; so führt Grosser wörtlich aus, "die Bundesrepublik ist nicht Deutschland! Frankreich bleibt ein innerlich zerrissenes Land, die Bundesrepublik aber ist im Gegensatz zu Frankreich nur ein grosses Stück eines geographisch zerrissenen Landes... Frankreich ist zerrissen, weil die beiden Hauptprobleme der Weltpolitik zugleich interne französische Probleme sind: die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und die spannungsreiche Entwicklung des Konflikts zwischen alten Staaten und jungen Nationen. Die Bundesrepublik kennt das Problem des Kommunismus durch die Teilung Deutschlands, aber sie betrachtet es als äusserlich und macht es sich deshalb bei der Suche nach Lösungen etwas leicht."

Was Grosser hier im Vergleich zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ausführt, liesse sich ganz ähnlich im Vergleich zwischen der Weimarer Republik und ihrer Bonner Nachfolgerin sagen. Auch für Weimar war der Kommunismus ein internes Problem, das zur Zerrissenheit des Staates beitrug. Und auch die Weimarer Republik war ein Staat, in dem sich die Nation als Ganzes darstellte. Die Bundesrepublik dagegen ist ein Teilstaat, der auch bei noch so grosser innenpolitischer Stabilität und Geschlossenheit ein Fragezeichen über sich hat - das Fragezeichen des Verhaltens im Falle einer weltpolitischen Konstellation, die den Dialog zwischen beiden deutschen Staaten zu einem innenpolitischen Dialog der Deutschen werden zu lassen erlaubt. Wenn das Thema des Kommunismus sich einmal wieder vorrangig als gesellschaftspolitisches Problem und freier von aussenpolitischen Fragen der Gravitation nach der einen oder anderen Staatenseite stellen sollte,



mag auch die Bonner Demokratie vor Zerreissproben gestellt werden, die sie bislang noch nicht gekannt hat. Erst dann wird sich zeigen, ob das Bekenntnis der Deutschen zur Demokratie nur ein Bekenntnis zu deren Annehmlichkeiten ist oder ob es sich auch auf deren Nöte und Lasten bezieht.

Solche Besorgnisse werden auch durch eine Frage verstärkt, die in den verschiedensten Variationen immer wieder gestellt wird. Ist die parlamentarische Demokratie in Deutschland, so lautet die Frage, nicht auch dadurch stärker gefährdet als man glaubt, dass sie immer nur nach verlorenen Kriegen etabliert wurde? In diesem Sinne ging der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, in in der Rede nach seiner Wahl in das höchste Amt des Staates 1949 auf das Schicksal der deutschen Demokratie ein und sagte: "Es ist das geschichtliche Leid der Deutschen, dass die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als Ein-

zige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen zusammengebrochen war. Dies ist die Last, in der der Beginn nach 1918, in der der Beginn heute vor uns steht." Diese Worte treffen zweifellos einen wichtigen Sachverhalt. Die psychologische Belastung einer Staatsform, die durch Niederlagen zu Herrschaft gelangt, ist sicherlich nicht gering zu veranschlagen.

Aber die volle Wahrheit geben die Worte von Theodor Heuss doch nicht wieder. Sie verdecken nämlich zweierlei;

1.) dass demokratische Traditionen in Deutschland auch vor den Weltkriegen lebendig waren und in weiten Bereichen der Gesellschaft Geltung hatten. Und 2.) dass die Bonner Republik im Unterschied zur Weimarer Republik unter einer vergleichsweise starken demokratischen Herausforderung (challenge) angetreten ist: unter der Herausforderung eines zweiten deutschen Staates, der sich auf seine Weise demokratisch nennt. Die Teilung Deutschlands muss nämlich nicht zur Schwächung demokratischen Denkens führen, wie manche allzu ängstlichen Beobachter meinen. Wenn die Rivalität der beiden Staaten auch zunächst einmal mehr zur Konfrontation als zum Dialog führte, so mag sie – auf lange Sicht – doch auch einen positiven Wettstreit um die Frage begünstigen, wer mehr Demokratie für die Menschen verwirklicht. Freilich die Kommunisten verstehen unter Demokratie etwas anderes als die westliche Welt, aber es besteht kein Anlass, sich durch ihr anderes Verständnis von Demokratie zu kurzschlüssig antidemokratischen Reaktionen im Westen verleiten zu lassen. In der Bundesrepublik jedenfalls haben die Kräfte zugenommen, die die Herausforderung durch die DDR im Sinne eines positiven Wettstreits aufzunehmen bereit sind. Möchten sie nicht enttäuscht werden.